Editorial

Stefan Griller · Benjamin Kneihs

Sehr geehrte Leserin,
Geschätzter Leser!

Die zunächst 2007/08 in den Vereinigten Staaten ausgebrochene Bankenkrise hat sich seither zu einer weltweiten Finanz- und Schuldenkrise entwickelt. Die EU und ihre Mitgliedstaaten sind davon besonders schwer betroffen, manche meinen, disproportional etwa im Vergleich zu den USA. Das hat nicht zuletzt zu fundamentalen Zweifeln über die Angemessenheit der Bankenregulierung, aber auch über den Fortbestand der Wirtschafts- und Währungsunion und sogar der Union als solcher geführt. Um angemessener auf diese Krise reagieren zu können, haben die EU und ihre Mitgliedstaaten in den Jahren 2010 und 2011 eine Reihe neuer Rechtsinstrumente und Institutionen geschaffen. Dies wiederum hat neue Fragen, auch Rechtsfragen, ausgelöst und zu erheblichen institutionellen Verwerfungen geführt.

Diesen Reformbemühungen waren zwei Tagungen gewidmet, die in Salzburg im Herbst 2011 stattgefunden haben.

Die Tagung „The European System of Financial Supervisors“, die am 29. und 30. September 2011 stattfand, behandelte vor allem die neu entwickelten Finanzmarktagenturen mit ihren zum Teil sehr weit reichenden Kompetenzen. Drei Wochen später, am 20. und 21. Oktober 2011, standen bei der Tagung „Europäische Wirtschaftsregierung“ die neuen Rechtsinstrumente, vor allem das so genannte „Sixpack“ zur besseren finanz- und wirtschaftspolitischen Koordination in der EU im Mittelpunkt des Interesses.

Die Aufsätze in diesem Heft sind – eingeleitet von einer Einführung in die neuen Instrumente – die ersten einer größeren Zahl von Beiträgen zu beiden Tagungen, die von den Mitwirkenden zur Veröffentlichung in der ZÖR eingereicht wurden. Weitere werden in den nächsten Heften folgen. Wir wollen mit diesem Schwerpunktheft einen Beitrag zur Diskussion der jüngeren rechtlichen Entwicklung in den Bereichen Finanz- und Wirtschaftspolitik leisten.

S. Griller
Salzburg, Österreich
<stefan.griller@sbg.ac.at>

B. Kneihs
Salzburg, Österreich
<benjamin.kneihs@sbg.ac.at>

Unter den Beiträgen finden Sie auch einen ökonomischen und einen politikwissenschaftlichen Aufsatz. Wir haben uns dazu entschlossen, Ausnahmen von dem Grundsatz zu machen, dass die ZÖR nur rechtswissenschaftliche Manuskripte publiziert. Dies allerdings nur dann, wenn die Ausführungen aus den Nachbardisziplinen für das Verständnis der juristischen Beiträge besonders förderlich sind. Das wird insbesondere, wie auch im vorliegenden Fall, bei Tagungsbeiträgen so sein, die beziehungsweise deren Themen inhaltlich aufeinander abgestimmt wurden.

Schließlich müssen wir bedauerlicher Weise – aus technischen Gründen – die Verschiebung der Übersicht über die „österreichrelevante“ Judikatur des EuGH auf eines der nächsten Hefte bekanntgeben. Wir bemühen uns aber, Ihnen diesen Beitrag schnellstmöglich nachzureichen.

Wir hoffen, dass das vorliegende Heft Ihr Interesse findet und laden Sie herzlich ein, sich – etwa durch Entgegnungen oder Ergänzungen zu den vorliegenden Aufsätzen – an der Diskussion der wichtigen Zukunftsfragen, die Gegenstand dieses Heftes sind, zu beteiligen.

Salzburg
im Juni 2012
Stefan Griller und Benjamin Kneihs